

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

24 (12.6.1947)

# VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

## Die Münchner Konferenz gescheitert

# Hauptfrage nicht behandelt

Die Ministerpräsidenten der Ostzone verließen die Konferenz - Starrsinn der Westzonenvertreter

Der Vorschlag der Ministerpräsidenten der Ostzone, auf die Tagesordnung der Besprechungen die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung durch Mitwirkung von Parteien und Gewerkschaften zu setzen, wurde von den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard und den übrigen Ministerpräsidenten der westlichen Zonen abgelehnt. Daraufhin haben die Ministerpräsidenten der Ostzone beschlossen, an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilzunehmen und München zu verlassen. Eine ausführliche Erklärung, die den Standpunkt der Ministerpräsidenten der Ostzone erläuterte, wurde herausgegeben. Der Erklärung entnehmen wir auszusweise: „In der Ablehnung unserer Vorschläge sehen wir den Versuch, Tatsachen in Bezug auf eine Vertretung der Bundesstaaten zu schaffen und damit eine bundesstaatliche Verordnung zu verankern. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen der deutschen Geschichte sind wir der Überzeugung, daß die bundesstaatliche Zergliederung Deutschlands in einzelne Staaten oder Gruppen von Bundesstaaten in Abhängigkeit von Kräften des westdeutschen und ausländischen Monopolkapitals bringt.“

Der Herrschaft der Großgrundbesitzer in weiten Teilen Deutschlands. Diese verhindern aus egoistischen Klasseninteressen den Neuaufbau.“ „Es entspricht dem tiefen nationalen Einheitswillen unseres Volkes, wenn wir vorschlagen, daß die Besprechungen zwischen den großen deutschen Parteien und den Gewerkschaften zur Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung unmittelbar als Vorbereitung einer künftigen Regierung aufgenommen werden.“ „Wenn wir von den anderen Staaten die Förderung eines deutschen Export- und Importplanes erwarten, so setzt das von unserer Seite die größten Anstrengungen zur Erschließung der uns zur Verfügung stehenden Hilfsquellen, zur größtmöglichen Ausnutzung des deutschen Bodens und zu einer Steigerung der Produktion, zur planmäßigen Erfassung aller Produkte voraus. Die Erhöhung der deutschen industriellen Produktion für den friedlichen Bedarf ist deshalb eine der Grundbedingungen für die Verbesserung des Lebensstandards des deutschen Volkes und für die Erfüllung unserer Wiedergutmachungsverpflichtungen.“

## Not ums Brot!



Mutter, Mutter, es hungert mich, Brot essen möchte ich.  
Warte nur, mein liebes Kind, morgen woll'n wir mahlen!  
Als das Korn gemahlen war, fing das Kind schon wieder an:  
Mutter, Mutter, es hungert mich, Brot essen möchte ich.  
Mutter, Mutter, es hungert mich, Brot essen möchte ich.  
Und als das Brot gebacken war, da lag das Kind schon auf der Bah'r.  
Alter Volksreim aus mündlicher Ueberlieferung.

## Die Stimme des ganzen Volkes muß zu Gehör kommen!

Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, forderte in einer Rede über die Münchner Konferenz, daß die letzte Stimme Deutschlands, die Stimme des ganzen Volkes, in einer Volksabstimmung zu Gehör komme, denn die Stimmen von 16 Ministerpräsidenten genügen nicht, wo die Millionen eines ganzen Volkes sprechen müssen.

Überzeugend stellte Otto Grotewohl die Gründe dar, warum die Ministerpräsidentenkonferenz in München scheitern mußte. „Es steht weder mit dem Prinzip der Toleranz, noch der Demokratie im Einklang, wenn die übrigen Ministerpräsidenten die 14 Punkte der Tagesordnung nach ihrem Wunsche festsetzen, es aber ablehnen, auch nur einen einzigen Punkt, der dem Wunsch der fünf Ministerpräsidenten aus der Ostzone entsprach, auf die Tagesordnung zu setzen.“

Wer hatte gebundene Marschroute?  
Dazu erklärte Otto Grotewohl: „Nachdem die wahre Auffassung über die Notwendigkeit der deutschen Einheit in übereinstimmenden Trinksprachen der Ministerpräsidenten bei einem vorher stattgefundenen Abendessen dokumentiert war, kann ihre Ablehnung des Antrages zur Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften lediglich zurückzuführen sein auf die Befehle der französischen Militärregierung und auf die ungefähre gleichlautenden Wünsche der amerikanischen Militärregierung.“

Es bestanden Voraussetzungen, die Hauptfragen auf die Tagesordnung zu setzen.  
„Wir haben als Deutsche darauf hinzuweisen, daß in den Potsdamer Beschlüssen noch immer die in keiner Weise beeinträchtigte, uneingeschränkte Ermächtigung für den Kontrollrat zur Einsetzung von fünf Verwaltungen (Staatssekretariate) enthalten ist. Die Möglichkeit zur Schaffung zentraler Verwaltungen, die in der Lage wären, wirklich durchgreifende und fühlbare wirtschaftliche Maßnahmen zur Behebung der Winternot und Kälte zu treffen, ist unbestreitbar vorhanden. Die Abhängigkeit und Gebundenheit der Ministerpräsidenten läßt, wie die Münchener Konferenz es uns gezeigt

## Voreingenommene Unnachgiebigkeit

Die „Rhein-Neckarzeitung“ schreibt über den Abschluß der Konferenz in München. „Im Mittelpunkt aller Diskussionen steht jedoch weiterhin die Frage, ob der Bruch zwischen den Vertretern der Ost- und den Westzonen auf das Konto der östlichen oder der westlichen Regierungschefs zu schreiben sei. In verschiedenen politischen Kreisen Münchens, die durchaus über den Verdacht erhaben sind, mit der SED zu sympathisieren, läßt sich die Neigung feststellen, die Vertreter der Westzonen zumindest ebenso dafür verantwortlich zu machen, wie die Ministerpräsidenten der Ostzone. Man glaubt, daß es den Vertretern der westlichen Zonen an dem diplomatischen Geschick gefehlt hat, wirft ihnen teilweise sogar voreingenommene Unnachgiebigkeit vor.“

Weiter heißt es in dem Artikel: „Es ist im Verlaufe der Konferenz behauptet worden, daß sie (die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten) den Plan gehabt hätten, eine Erklärung abzugeben, in der zum Ausdruck kommen sollte, man könne nicht als legitimierte Vertreter der Ostzone ansehen, da sie unter Ausschluß der SPD gewählt worden seien. Auf der abschließenden Pressekonferenz erklärte Dr. Höpner, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspreche. Unseren Korrespondenten ist jedoch von zwei Konferenzteilnehmern bestätigt worden, daß die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die Abgabe einer solchen Erklärung vorbereitet gehabt hätten, doch habe der Auszug der Ostzonenvertreter eine Veröffentlichung hinfällig gemacht.“

## Chaos in der Wirtschaft

# Worte und Wirklichkeit

Von Willy Grimm

Tödlicher Export  
blindwütige Hasser Deutschlands Lord Vansittart, hatte als ernstwertes Ziel der Westzone in der Gestaltung Deutschlands proklamiert: „Der Endgeschick ist nicht so sehr, Deutschland zu entindustrialisieren, als vielmehr es in erster Linie zum Ausfuhrort von Rohstoffen und an anderer Stelle zum Hersteller von Rohstoffen zu machen.“ Lord Vansittart vertritt keine „offizielle“ Position. Einige andere in seinem Chor nicht. Die offiziellen Diplomaten und Staatsmänner der Alliierten versuchten sich, ein Bekenntnis zu den Plänen abzulegen, genau wie es im Falle des Morgenthau-Plans nicht getan hatten und wärmemüht, in Reden Verständnis und Menschlichkeit gegenüber dem deutschen Volk zu zeigen.

Man nun die Richtlinien ihrer in Gegensatz zu ihren eigenen Worten und Verkündigungen? Der Blick in die deutsche Wirklichkeit würde ein Ja erfordern, denn dies entspricht haargenau dem, was Vansittart als Ziel forderte. Wir sind vor der Alternative, argwöhnisch zu müssen, ob wir es mit einer solchen Buchführung, oder aber mit offiziellen bestehen und dabei stärker als diese sind. Eine Möglichkeit? Etwas die Umkehr des Goethewortes: „Ein Teufel Kraft, die stets das Gute und doch das Böse schafft?“ Die Möglichkeit auch nur in Er-

## Brutal offen und unverschämt

Eine Denkschrift ausgesprochenener Volksfeinde

„Die Neue Zeitung“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 1947 unter dem Titel: „Zwang zur Steigerung des deutschen Exports“ über eine Denkschrift des „Außenhandelsbeirats der Vereinigten Westzonen“, die in der schamlose Absichten gegen das werktätige Volk geäußert werden. Bei der Erörterung einer Exportsteigerung der Westzonen heißt es in dieser Denkschrift, „daß sich die Frage nach der Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren überhaupt erübrigen dürfte, wenn sich für Deutschland nicht die Chance realisieren ließe, entweder durch hohe ästhetisch-künstlerische Leistungen oder durch bewußte Opfer in seiner Lebenshaltung den Anschluß an den Weltmarkt zu gewinnen und sicherzustellen.“

„Aesthetisch-künstlerische Leistung“ ist ein offensichtlicher Unsinn im Wortgebrauch. Deutlich, allzu deutlich ist das angebotene „Opfer in der Lebenshaltung des deutschen Volkes“. Der Außenhandelsbeirat der Vereinigten Westzonen vertritt einzig und allein die Interessen der deutschen Scharfmacher, die im Verein mit ausländischen Monopolkapitalgebern die deutsche Volk verschächern. Wie dieser Außenhandelsbeirat sich das Exportgeschäft vorstellt, erheilt sich aus seinem Vorschlag, in dem das „Individual-Exportgeschäft“ mit zynischer Offenheit als das „lukrativste“ gefordert wird.  
Um die ausländischen Kreditgeber für diese Pläne zu gewinnen, werden einzelne Darlegungen über die Durchführung und Finanzierung des Exports gemacht. Es wird verteidigt, daß sie sich bei der Einräumung der Kredite nicht zugleich um die Freie der zu liefernden Waren kümmern brauchen, wenn für die Abnahme nicht der deutsche Marktpreis, sondern der Weltmarktpreis in einer festen Valuta bestimmt sein soll. Deutschland (wer ist das Deutschland? D. Ver.) ist zu einer solchen Abmachung bereit und das Ausland kann es um so eher sein, als die evtl. notwendig werdenden Opfer das deutsche Volk in der Kürzung seiner Lebenshaltung darbringen hätte.  
Der Unternehmer verkündet: „Noch mehr soll das werktätige Volk bluten und Opfer bringen. Daß die Masse des Volkes in einem Zustand lebt, der auch nur noch einige Zeit aushält, zur völligen Ruinierung kündigt, kümmert die Herren des Außenhandelsbeirats nicht, und sie sind, es noch von weiteren Kürzungen zu sprechen. Das sind die Herren, die bisher sich als „Mäzene“ all der Maßnahmen rezeig haben, die nötig gewesen wären, um die Gesundheit unseres Wirtschafts- und der Ueberwindung des Hungerelendes zu kommen. Das sind die Feinde der Produktionskräfte, des Mitbestimmungsrechts der werktätigen und die Saboteure des demokratischen Aufbaus.  
Die Gewerkschaften und Arbeiterparteien müssen höchst wachsam sein und mit volstem Kräfteinsatz den geplanten Anschlag zur weitestgehenden Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen begegnen.“  
W. G.

## Paul Löbe tadelt Schumacher

Der sozialdemokratische Führer Paul Löbe schreibt im „Telegraph“ über die Verhandlungen in Hannover über die Bildung einer „nationalen Repräsentation“:  
„Was soll das deutsche Volk von seinen politischen Vertretern halten, wenn jeder Anlauf zu einer gemeinsamen Abwehr seiner Not wieder zerredet und zu Tode debattiert wird. Ich wende mich gegen diesen Mißstand, wenn er sich in der eigenen Partei einnistet. Ich warne davor aber auch die anderen. Ich trete nach wie vor für eine gemeinsame Aktion der Parteien zur Beratung der Einheit Deutschlands ein und bedaure, daß sie bisher nicht zustandekam.“

## Unwahre Behauptung Bevins

In einer Rede zum Abkommen über den Zweizonenwirtschaftsrat hat der englische Außenminister Bevin die durch das SNB (Sowjetische Nachrichten-Büro) von vornherein widerlegte Behauptung aufgestellt, daß die Ostzone keine Tonne Getreide in die Westzonen geliefert habe. Nach der SNB-Meldung waren bis zum 20. Mai 1947 bekanntlich aus der Sowjetzone 1150 000 Doppelzentner Brotgetreide und 1140 000 Doppelzentner Kartoffeln in die britische Zone geliefert worden. Bevin wollte also mit seiner Behauptung von der Tatsache ablenken, daß die Verpflichtungen über den Warenaustausch zwischen den westlichen und amerikanischen Zonen nicht eingehalten wurden und daß der englisch-amerikanischen Gegensatz in der Zweizonenpolitik weiterbesteht, da sich die englischen und amerikanischen Konkurrenten gegen die Bestrebungen der amerikanischen Monopolisten wehren, sie aus der westdeutschen Wirtschaft auszuschalten.

## Wirtschaftsrat vertieft die Kluff

Die veröffentlichte Proklamation der Generale Clay und Robertson sieht für die englische und amerikanische Zone die Schaffung eines Wirtschaftsrates und eines Exekutiv Ausschusses vor, die das gesamte Wirtschaftsleben der beiden Zonen lenken und leiten sollen.  
Der Wirtschaftsrat besteht aus 54 Mitgliedern. Die Landtage wählen pro 750 000 Einwohner einen Delegierten für den Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist ermächtigt, innerhalb der beiden Zonen sämtliche zur Lenkung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, sowie Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die von den Landesregierungen ohne Änderungen und ohne vorherige Vorlage bei den Landtagen durchgeführt werden müssen. Die Aufgabe des Exekutiv Ausschusses ist es, dem Wirtschaftsrat Vorschläge für Gesetze und Verordnungen zu unterbreiten, sowie die Durchführung der von Wirtschaftsrat angenommenen Gesetze zu überwachen und die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.  
Zur Bewältigung seiner Aufgaben untersteht dem Wirtschaftsrat für jedes Aufgabengebiet Abteilungen, die unter der Leitung von Direktoren stehen und vom Wirtschaftsrat ernannt werden.  
Der Wirtschaftsrat ist ermächtigt, Gesetze auf folgenden Gebieten zu erlassen: Verwaltung des gesamten Verkehrs- und Postwesens, des Erzeugnis- und Postverkehrs, Erzeugung und Verteilung sämtlicher Rohstoffe und Waren, Erzeugung, Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln, Preisbildung und Preiskontrolle, und schließlich Finanz- und Kreditwesen.  
Man muß feststellen, daß die Befugnisse des Wirtschaftsrates groß sind, daß er praktisch eine bizonale Regierung darstellt, aus der sich eine immer schärfere Aufteilung Deutschlands in einen West- und Ostteil als logische Folge ergibt. Der Generalsekretär des Länderrates, Erich Roßmann, hat dies auch sehr richtig erkannt, wenn er sagt, daß 80 Prozent in Industriearbeiten! Keine

## Wirtschaftsrat vertieft die Kluff

Fortsetzung der Rohstoffexporte, die uns jetzt schon bis zur Erschöpfung ausgeputzt haben. Kein Exportprogramm auf der Grundlage der Vorschläge des Außenhandelsbeirats der Vereinigten Westzonen, denn diese können in ihrem antisozialen Geist nicht überboten werden.

## Einer der Hauptgründe

Auf der im Anschluß an die 21. Sitzung des Länderrates stattfindenden Pressekonferenz nahm der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, zum Zweizonenwirtschaftsrats Stellung. General Clay erklärte, „einer der Hauptgründe für die Bildung des Wirtschaftsrates sei der Wunsch der Militärregierung gewesen, eine Steigerung des deutschen Exports zu erreichen.“  
Unwillkürlich erinnert man sich beim Lesen dieser Zeilen, daß in der Produktionssteigerung doch die Hauptursache und Voraussetzung für eine Erhöhung des Exports zu sehen ist. Man erinnert sich auch daran, daß die bisher geübte Exportpraxis nicht den Lebensinteressen des deutschen Volkes gerecht geworden ist. Exportsteigerung, ja! Aber in Industriearbeiten! Keine

## AUS ALLER WELT

- Gegen Atombomben-Angriffe sei die USA nur noch 4 bis 10 Jahre „immun“, stellte eine Regierungskommission fest.
- Klare Frontstellung gegen den Kommunismus will die neue japanische Regierung, genau wie das verhasste faschistische System (s. Antikominternpakt) einnehmen.
- Gegen die neue italienische Regierung nehmen Kommunisten und Sozialisten Stellung und fordern deren Sturz.
- Staatliche Kontrolle der Großbanken in Ungarn wurde durch den ungarischen Ministerrat beschlossen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Kredite für Ungarn gesperrt.
- Streikaktionen gegen die arbeitserfündliche Politik der französischen Regierung dauern in allen Teilen Frankreichs an.
- In Ungarn hat der Führer des linken Flügels der „Partei der kleinen Landwirte“ den Ministerpräsidentenposten übernommen. Aus der Partei sollen alle reaktionären Elemente ausgeschieden werden.
- Zum Weltgewerkschaftskongreß, der gegenwärtig in Prag stattfindet, sind deutsche Vertreter als Beobachter geladen.
- Die Zerstörung der Atomwaffen, welche durch den russischen Delegierten Gromyko vorgeschlagen wurde, hat die UN-Atomenergiekommission abgelehnt.
- Das Ständerecht über „lebensliche Städte“ wurde auch auf die Städte Tientsin und Kaifeng ausgedehnt als Maßnahme gegen geplante Studentendemonstrationen, die die Beendigung des Bürgerkrieges verlangen.
- Zum Internationalen Sozialistenkongreß wurde die SPD nicht zugelassen. Von 19 Ländern stimmten nur 9 für die Zulassung des deutschen Sozialdemokraten. Die politischen Delegierten fordern Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in Deutschland.

# Worte und Wirklichkeit

(Fortsetzung von Seite 1)

den, wo er jetzt denen zu klein wird, die wir im Spiel um Besitz und Einflußsphären der westdeutschen Industrie kennen lernen. Wir sind so wieder bei einem gewichtigen Grund, warum wir nicht aus dem Chaos und nicht zu einem Industrieexport kommen, dafür aber die Ausführung von Grundstoffen, wie Kohle, Holz, Bauxit, Kali usw. in einem Maße und unter Bedingungen haben, die uns umbringen. Das Wort von verschleierte Reparationen in den Westzonen ist ausgesprochen worden. Diese Vorgänge sind damit gemeint.

Unser hochindustriell entwickeltes Westdeutschland hat zu einem großen Teil sein natürliches Absatzfeld in der Ostzone. Für das östliche Deutschland sind wiederum industrielle Erzeugnisse nicht unwesentliche Voraussetzungen für den Ertragsgrad der landwirtschaftlichen Produktion. Die Richtung des deutschen Exports hat früher nach dem Osten und Südosten gewiesen. Heute gibt es bestenfalls mehr Gründe, um in den dort den Absatzmarkt für Industrieerzeugnisse suchen zu lassen. Die Zonen- und Bi-Zonenpolitik sowie der jetzt gegründete Wirtschaftsrat liegen nicht auf dem Wege dieser Erfahrung und Erkenntnis, aber Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit liegt auf diesem Wege. Wer versperrt uns den Weg? Eine Politik in Deutschland und in der Welt, die statt Lebensinteressen der Völker, den kapitalistischen Profit und das monopolistische Finanzkapital zum Paten hat.

### V. Zweierlei Wege

Die wirtschaftliche Situation in den kapitalistischen Staaten der Welt ist nicht derart, daß sich die verschiedenen Monopolistengruppen mit dem Gedanken versöhnen können, ein wiedergewundenes und wirtschaftlich erstarkendes Deutschland zum Widerpart zu haben. Das erklärt, warum das Einfachste, zur Gesundung in Deutschland zu kommen, so außerordentlich schwer ist, und warum Verhandlungen zu gar keinem positiven Ergebnis bisher führten. Deutschland ist Schnittpunkt der kapitalistischen und jener Interessen, die eine neue Zukunftsentwicklung erstreben.

Die USA als Staat und Wirtschaft stehen nicht nur vor der Schwierigkeit aus „humanen, demokratischen und freiheitsliebenden Prinzipien“ einer allzu kranken Welt helfen zu müssen, sondern sie suchen in dieser Hilfe die Hilfe für sich selbst. Daß die amerikanischen Trustherren von der Unruhe einer

kommenden Wirtschaftskrise reits erfaßt sind, und daß sich allgemeine Weltwirtschaftskrisen kündigen, ist den Beobachtern entgangen. Der ins Riesenhafte wachsenden Produktionskapazität USA, fehlt nach dem Wegfall Kriegsgeschäfts und dem Verfall der in die Kriegesgehornten Kaufkraft, die aufnahmefähige Absatzkraft. Ueberall hungern Millionen von Menschen und sind der leistungsfähigsten Gebrauchsgüter. Aber die finanziellen Mittel fehlen. Die Länder sind zahlungskraftig genug, um zu nehmen, was die amerikanische Wirtschaft im Ueberfluß besitzt.

Die Finanzierung von Lebertransporten und von Gütern unmittelbar in den Konsum gehen, ist nicht das Ziel der Monopolisten und Konzernbeherrscher. Was benötigen, ist nicht der Export, sondern ein Warenexport, der gleichzeitig Kapital exportiert. In dem Maße aber, in dem Ueberfremdung der Länder vorhen, in die sie den Kapital exportieren. In dieser Ueberfremdung vollzieht sich eine Verschiebung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Ob diese Verschiebung als Ziel ausgesprochen wird oder nicht, sie ist greifbar und hat ihre Folgen. „Hilfe“ der amerikanischen Wirtschaft in Europa dient ihren eigenen Zielen. Sie ist diktiert von Bestreben, den eigenen Schwächen zu entziehen, der einbrechenden Weltwirtschaftskrise Konkurrenz in günstigster Position gegenüberzustehen. Bei Gesundung der europäischen Wirtschaft bel den kapitalistischen Voraussetzungen für die amerikanischen Finanzgewaltigen gleichzeitig das Wiedergewundene des Konkurrenten? Natürlich deutet sie das und deshalb steuert, was sich Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen als Akt der Selbstlosigkeit bietet, der Versuch, die Macht zu erwerben, um über den Weg der kapitalistischen Einflußnahme, Export und Import Länder so zu steuern oder zu sein, damit man eben nicht einem gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt rechnen muß.

Darum sind die Kreise des amerikanischen Finanz- und Monopolkapitals die konsequentesten einer planmäßigen Gestaltung der Wirtschaft. In dem Maße eines Landes, Planmäßigkeit der Wirtschaftsgestaltung zu Grund-

legen, sehen sie eine Beschneidung ihrer eigenen Möglichkeiten, ihrer ungehinderten Expansion. Deshalb wird dort, wo Planmäßigkeit zur Wirklichkeit geworden ist oder Wirklichkeit zu werden droht, — wie etwa in den Staaten Osteuropas — von einer „Expansion“ der anderen geredet. Klar, daß dort, wo eine Tür der finanzkapitalistischen Spekulation verschlossen wurde, in jenen Kreisen heftigste Gegnerschaft empfunden und praktiziert wird. Deshalb geben sich in Deutschland die Dinkelbach, Pferdengesund und das ganze schuldbelastete Gelichter von gestern, so froh, weil sie wissen, daß sie bei ihrer Sabotage des demokratischen Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft sich auf die ausgesprochene und unausgesprochene Unterstützung durch das ausländische Finanzkapital verlassen können. Diese sind es, die die deutsche Wirtschaft, noch bevor überhaupt wieder Blut durch ihre Adern fließt, verschranken und in den verhängnisvollen Kreislauf der kapitalistischen Krise hineinreißen.

Der Kampf um die Entmachtung der Monopolherren, um Produktionskontrolle und Mitbestimmungsrecht der Werktätigen, ist der Kampf dafür, diesem verhängnisvollen Kreislauf fernzubleiben und auf dem Wege der Planmäßigkeit der Produktions- und Handlungsgestaltung zur Gesundung unserer Wirtschaft und zur Sicherung unserer Zukunft zu kommen.

### Ins Schwarze getroffen: Merkwürdiger Spruchkammerleiter in Ettlingen

Unser Leser erinnert sich an den unter dem Titel „Bildnis eines öffentlichen Klägers“ kürzlich veröffentlichten Bericht. Um das Geheimnis über den Verfasser etwas zu lüften, stellen wir fest, daß er nicht als Mitglied der KPD angeht. Wie erwartet, hat dieser Artikel ganz besonders die Gemüter der kleinen Simpfendorfer in und um Ettlingen in Wallung versetzt, und zwar so sehr, daß die frommen Herren Vereinigungen, sich mittels eines in sackgrobem Tone gehaltenen Artikels in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 26. April 1947 gegen die „Lasterhaftigkeit“ ihres politischen Gegner bei der Spruchkammer in Ettlingen zu verfahren. Sie gaben der Vermutung Ausdruck, wir wären über den neuen Vorsitzenden verärgert, „weil er es ablehne, Leute mit krimineller oder fragwürdiger Vergangenheit an der Demokratisierung teilzunehmen zu lassen.“ Diese Anspielung stellt eine derartig freche Ungehörigkeit dar, daß wir die CDU-Schreiberlinge auf fordern, Namen zu nennen. Ein weiteres Eingehen auf die Schimpfkampagne gegen unsere Besitzer und Gewährleute können wir uns schenken, da die „Lasterhaftigkeit“ ihres politischen Willens vielfältig erwiesen ist.

Das Geständnis, daß der Vorsitzende der Ettlinger Spruchkammer Mitglied der CDU ist, konnte nicht überhastet, da wir diesen Herrn in gar keiner anderen Gruppe vermutet haben.

# Irrtum? Nein, Irreführung!

Simpfendorfer und Bausch als Abgeordnete untragbar

In einer der letzten Landtags-sitzungen hat der CDU-Abgeordnete Bausch eine Rede gehalten, die auf eine glatte Ablehnung jeder Entnazifizierung hinauslief und von der schließlich selbst der Vorsitzende der CDU-Fraktion in gewundenen Worten abrücken mußte. Jetzt stellt sich heraus, daß Herr Bausch in eigener Sache gesprochen hat. Er ist selbst schwer belastet und hat allen Grund, das Entnazifizierungsgesetz zu fürchten.

Herr Bausch und Herr Simpfendorfer haben im Jahre 1933 als damalige Reichstagsabgeordnete des „Christlich-sozialen Volksdienstes“ nicht nur für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt; sie haben sogar ihre Aufnahme in die Reichstagsfraktion der NSDAP beantragt! Die letztere Tatsache haben die Herren voller Enttäuschung abgelehnt, bis der von ihnen unterschriebene Aufnahmeantrag in Berlin gefunden wurde.

Jetzt erklären sie zur Entschuldigung ihres „Irrtums“, sie hätten sich nicht mehr erinnern können. Herr Simpfendorfer konnte sich ja auch an seinen Artikel mit der Aufforderung, Hitler zu wählen, erst erinnern, als er ihm schwarz auf weiß vorgelegt wurde.

### Um das Brot Obst genug für jeden!

Richtige Erfassung und Verteilung Voraussetzung

Die diesjährige Obsternte wird im Gegensatz zum vergangenen Jahr ein äußerst gutes Ergebnis bringen. Die zuständigen Stellen erwarten eine Ernte von 10 Mill. Zentner Obst in Württemberg und Baden. Bei richtiger Erfassung und Verteilung muß es also möglich sein, daß der letzte Arbeiter und Neubürger diesmal in ausreichendem Maße mit Obst versorgt wird. Die Größe der Ernte läßt es aber auch noch zu, daß ein genügendes Kontingent für die Marmeladefabrikation und den Zonenhandel zur Verfügung steht.

Wenn schon im letzten Jahre bei einer schlechten Obsternte Obst vorhanden ist, besteht diese Gefahr heuer noch viel mehr, denn die Verkehrsverhältnisse sind im allgemeinen nicht besser geworden. Dieser Schwierigkeit ist von vornherein durch entsprechende Organisation des Erfassungs- und Verteilungsapparates zu begegnen. Rasches Handeln tut not, denn die Obsternte — Kirschen und Erdbeeren — ist schon im Gange. Wir schlagen deshalb für die Obsterfassung folgendes Programm vor:

1. Jedes Dorf erhält ein den örtlichen Verhältnissen entsprechendes Ablieferungsoll an Obst.
2. Der einzelne Erzeuger liefert 60 Prozent seines Solls an die Ablieferungsstelle, die restlichen 40 Prozent können direkt an die Verbraucher gegen Abgabe von Obstmarken ausgegeben werden.
3. Der Verbraucher erhält eine unterteilte Obstkarte für 50 kg Obst, ähnlich der Kartoffelkarte im letzten Herbst. Diese hat sowohl beim Kleinhandlender in der Stadt, als auch beim Erzeuger Gültigkeit.
4. Die Kleinhandlender bekommen das Recht, gegen Abgabe der vorher von ihrer Kundschaft eingesammelten Obstmarken im Umkreis von 20 km ihres Sitzes direkt einzukaufen.
5. Der Großhändler legt das Schwergewicht seines Einkaufs auf

# Gedenktage DER WOCHE

- 12. 6. 1848 Barrikadenkämpfe in Prag
- 12. 6. 1919 Beerdigung Rosa Luxemburg in Friedrichsfelde bei Berlin
- 1811 W. G. Belinski, russischer revolutionärer demokr. Philosoph, Kritiker, Publizist, geb.
- 1810 J. G. Seume, Dichter, gestorben
- 15. 6. 1945 Gründungsaufruf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)
- 1846 Eduard Grieg, norwegischer Komponist, geboren
- 1361 Wat Tyler, englischer revolutionärer Bauernführer, ermordet
- 16. 6. 1937 Liselotte Hermann, Kämpferin gegen den Faschismus, zum Tode verurteilt
- 1817 Stenka Rasin, Führer der aufständischen Kosaken u. Bauern, in Moskau enthauptet
- 17. 6. 1810 Ferdinand Freiligrath, Dichter, geboren
- 18. 6. 1936 Maxim Gorki, russischer Dichter, gestorben

# Vernunft wird Unsinn — Wohltat Plage.

Um die Wohnungen an den Kasernen

Hunderte Familien aus der Mannheimer Bevölkerung hatten sich gefreut, als sie vom städtischen Wohnungsamt die Aufforderung bekamen, an den Kasernen eine Wohnung zu beziehen. Endlich sollte es wahr werden, daß sie bisheriger Enge, Gedrängtheit und Notwohnungen in Kellern entrichten konnten. Mit erleichterter Freude wollten sie gerne der Aufforderung des Wohnungsamtes nachkommen. Aber wie groß war ihre Enttäuschung, als sie die zugewiesenen Wohnungen an den Kasernen in Augenschein nahmen und dieselben in einem unbeschreiblichen Zustand antrafen. Dreck und Unrat, keine sanitäre Beschaffenheit, das läßt sich mit Arbeit schaffen. Was sie entsetzte, war der Zustand der Wohnungen, fehlende Klosetts, zer-

# Unter der Lupe

Mannheim

Zahlreiche Zuschriften lassen den Zweifel aufkommen, ob tatsächlich alle in Mannheim wohnenden Bürger zum Ehrenaufbau unserer Stadt herangezogen werden, da bestimmte Schichten der Bevölkerung bisher überhaupt nicht in Erscheinung treten.

Vielleicht kann uns die Stadtverwaltung diese, die Allgemeinheit sehr stark interessierende Frage, beantworten.

Mannheim

Lt. Anordnung des Ernährungsausschusses der US- und englischen Zone wurden 125 g Trockenpulver aufgeführt, jedoch besteht die Bevölkerung über keinen Vorrat Kleinvorteiler über keinen Vorrat verfügen, war also dieser Aufruf in der Praxis nur für die Gegenden wirksam, die es verstanden hatten, gewisse Mengen zu borten. Wir fragen:

Hat nicht dieser Ausschuß für die gesamte Bevölkerung zu sorgen? Wie kommt es, daß man ausgerechnet die Mannheimer Kleinvorteiler von jeglichem Vorrat entblößt?

Wie wir weiter erfahren, sei es noch in letzter Minute, allerdings nach sehr demnächst, daß man ausgerechnet die Mannheimer Kleinvorteiler von jeglichem Vorrat entblößt?

# Bizonale Wirtschaftspraxis!

Im III. Reich regierte brutal Der Industrielle von Eisen und Stahl.

Heut treuhändert dort als Mann vom Fach Der Stahlwerksdirektor Dinkelbach.

Hat Dinkelbach seinen Auftrag erfüllt, Ergibt sich wunschgemäß diesem Bild. Gereimt und gezeichnet von Red

„Gleich Dante ist Gorki aus der Hölle emporgekrochen, doch er kam nicht allein aus ihr heraus, er brachte seine Leidensgenossen mit und rettete sie.“ Romain Rolland (1866-1945)

# Der Dichter des Volkes



Maxim Gorki

Noch bevor die ersten Scherhaufen unheimlicher Literatur in Deutschland aufblühten, knapp einige Tage nach der Machtergreifung der Hitler-Gorki verfaßten Werke in deutscher Sprache durch eine Veröffentlichung im „Kriminalpolizeiblatt“ verboten.

Alexej Peschkow, der später dem Pseudonym Gorki, d. i. „den Bitteren“, bekannt wurde, ist am 28. März 1868 in Nischni-Nowgorod geboren. Bitterste Not erfüllte seine Jugend mit 4 Jahren verlor er den Vater und mit 10 Jahren auch die Mutter, er mußte sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. In seinen Büchern „Kindheit“, „Unter fremden Menschen“ und „Meine Universitätsjahre“ diese seine Kindheit und Jugend geschildert.

So unsagbar schwer auch sein Leben war, so war es doch eine Art Schule für ihn. Auf ungezählten Arbeitsebenen, als Lastenträger, als Schmirbwascher auf einem Dampfer, als Gärtner, als Helligelbmalerei, als Eisenbahner, als Holzverkäufer, als Arbeiter an der Wolga, als wandernder Händler und in vielen anderen Gestalten zog er über die langen Straßen Rußlands, über die vielen Ebenen, durch die Ukraine, die Steppe und den Kaukasus und sammelte unerschöpfliches Material für sein immenses Werk. Im Kampf mit den unerbittlichen Hemmnissen des Lebens im zaristischen Rußland, über welches das Dunkel der politischen Reaktion gebreitet war, und aus den Begegnungen mit den Büchern der fortschrittlichen Schriftsteller Rußlands und Europas, wurden sämtliche Werke von Maxim Gorki, zu denen ihn sein unbändiger leidenschaftlicher Drang nach Bildung und Wissen führte, festigte sich ein unzerstörbarer Glaube, daß die Menschen besser und glücklicher werden können und müssen. Mit und für seine Leidens- und Genesungsgenossen war er bestrebt, den Weg zu diesem Glück zu finden.

1892 veröffentlichte er seine erste Erzählung in einer Zeitung und hatte mit seinen ersten Büchern außerordentlich großen Erfolg. Schon bald fiel er den Schergen des Zaren auf und es begann eine lange Kette von Kerker und Verfolgungen. Sein berühmtes „Lied vom Sturmvogel“, das 1901 erschien, fand ungeheuren Anklang und galt als ein Aufruf zum Kampf. 1902 schloß sich Gorki der revolutionären Sozialdemokratie an. Er arbeitete an der von Lenin vom Ausland her geleiteten Zeitung „Istra“ (Der Funke) mit und schloß enge Freundschaft mit den führenden Revolutionären Lenin und Stalin.

Das denkwürdige Jahr 1905 fand ihn in den Reihen derer, die zum Aufbruch aus dem russischen Dämmerland antraten. Die Zarenregierung warf ihn in die Peter-Paul-Festung; doch Gorkis Name und Ruf war schon in alle Welt gedrungen. Große und gewaltige Demonstrationen in vielen Städten Rußlands und Europas erzwangen seine Freilassung und Gorki bezog sich nach Amerika und später, als politischer Emigrant, nach der Insel Capri, von wo er erst nach dem Sturz der Zarenherrschaft nach Rußland zurückkehren konnte.

Maxim Gorki war nicht nur einer der hervorragendsten Persönlichkeiten

und Schriftsteller Rußlands, sondern zu einem ganz Großen der Weltliteratur geworden. Sein Drama „Das Nachtsy“ trug seinen Namen über die ganze Erde. Eines seiner größten Werke, der Roman „Die Mutter“, welcher die revolutionäre Bewegung in Rußland zum Gegenstand hat, zeigt ihn als einen Meister des Romans.

Nach der Oktoberrevolution arbeitete er unermüdet für seine Heimat und sein Volk und nahm am Aufbau der jungen Sowjetrepublik teil. Von 1924 bis 1928 mußte er sich seiner Gesundheit wegen in Italien aufhalten und kehrte dann mitten in das quälende Leben seines Heimatlandes zurück. Die aufsteigende Barbarei des Monopolkapitalismus und des Faschismus stießen in dem großen Schriftsteller und Humanisten Maxim Gorki auf einen unerbittlichen Feind.

Als Maxim Gorki am 18. Juni 1936 zu Moskau starb, trauerten Millionen Werktätige um ihn. Der russische Außenminister Molotow kennzeichnete die Bedeutung Gorkis in seiner Gedächtnisrede an dessen Grab mit den Worten: „Nach dem Tode Lenins ist der Tod Gorkis der schwerste Verlust für unser Land und die gesamte Menschheit“.

Maxim Gorki hat alle Tiefen des sozialen Elends in seiner Jugend schmerzlich durchlitten und die ganze Kulturwelt aufgerüttelt durch den Freiheitswillen seiner Gestalten. Er ist der Vorbote der Revolution und später bis zu seinem Tode einer ihrer

los, der sieht: alles ist wahr; diese Weg und keinen anderen muß man gehen.“ Maxim Gorki

Des Geistes Fackel

Ihr grauen Vögel, krächzet nur, daß Finsternis uns rings bedroht — was sichert sie mich, wenn nur mein Licht erstrahlt hell und froh? .. Wohlan, mir nach, wer Mut noch fühlt. Wir scheuen die finsternen Mächte nicht Des Geistes Fackel kühn entflammt — dann weichen sie, dann wird es Licht! Maxim Gorki

Spieltruppe in Mannheim sucht noch einige Mitwirkende. Wer macht mit? Meldungen an „Badisches Volksecho“ Mannheim, S. 3, 10

Herausgegeben von der Landeszeitungsleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3. Verantwortlich: Kurt W. Weber. Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 4329. Auflage: 60.000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Authorized by Milta Government for Württemberg and Baden. Stuttgart, Fr. 10, 4. 46.